

Antrag 90/II/2024
AG Migration und Vielfalt Landesvorstand
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Ablehnung der Bezahlkarte für Geflüchtete - Für eine menschenwürdige und diskriminierungsfreie Unterstützung

1 Die SPD lehnt die Einführung oder Nutzung einer Be-
 2 zahlkarte für Geflüchtete, wie sie derzeit in den Län-
 3 dern geführt wird, ab. Stattdessen fordern wir die un-
 4 eingeschränkte Gewährleistung des Zugangs zu Bargeld
 5 und anderen diskriminierungsfreien Unterstützungsleist-
 6 ungen, die die Würde der Betroffenen achten und die In-
 7 tegration fördern.

8
 9 Die SPD setzt sich für diskriminierungsfreie, humane und
 10 integrative Politik ein, die die Würde und Selbstbestim-
 11 mung der Betroffenen wahrt.

12
 13 **Begründung**

14 Die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete stellt ei-
 15 ne diskriminierende Maßnahme dar, die den grundlegen-
 16 den Prinzipien der Menschlichkeit und Gleichbehandlung
 17 widerspricht.

18
 19 Folgende Gründe unterstreichen, warum die SPD sich klar
 20 gegen die Bezahlkarte positionieren sollte:

21
 22 **1. Diskriminierung und Stigmatisierung:**

23 Eine Bezahlkarte für Geflüchtete hebt diese Gruppe deut-
 24 lich von anderen Teilen der Gesellschaft ab und signa-
 25 liert, dass ihnen nicht das gleiche Maß an Vertrauen
 26 und Selbstbestimmung entgegengebracht wird wie ande-
 27 ren. Sie trägt zur Stigmatisierung von Menschen bei, die
 28 bereits in einer schwierigen und verletzlichen Lage sind,
 29 und zementiert gesellschaftliche Ausgrenzung.

30
 31 **2. Einschränkung der Selbstbestimmung:**

32 Mit einer Bezahlkarte wird Geflüchteten ihre finanzielle
 33 Eigenständigkeit genommen. Sie haben nicht die gleiche
 34 Freiheit wie andere Bürger*innen, ihre Einkäufe frei zu ge-
 35 stalten, und sind auf bestimmte Stellen oder Dienstleis-
 36 tungen beschränkt, die die Bezahlkarte akzeptieren. Dies
 37 verstößt gegen die Prinzipien der Selbstbestimmung und
 38 Freiheit, die wir in unserer Gesellschaft hochhalten.

39
 40 **3. Menschlichkeit und Würde:**

41 Die Art und Weise, wie Geflüchtete unterstützt werden,
 42 sollte immer die Würde und Menschlichkeit der Betroffen-
 43 en wahren. Bargeld ist ein elementares Mittel, das Men-
 44 schen die Freiheit gibt, ihre Grundbedürfnisse nach eige-
 45 nem Ermessen zu decken. Der Zugang zu Bargeld sollte
 46 für alle, auch für Geflüchtete, gewährleistet sein, um ei-
 47 ne würdevolle Behandlung zu gewährleisten.

Die SPD lehnt die Einführung oder Nutzung einer Bezahl-
 karte für Geflüchtete ab. Stattdessen fordern wir die un-
 eingeschränkte Gewährleistung des Zugangs zu Bargeld
 und anderen diskriminierungsfreien Unterstützungsleist-
 ungen, die die Würde der Betroffenen achten und die In-
 tegration fördern.

Die SPD setzt sich für diskriminierungsfreie, humane und
 integrative Politik ein, die die Würde und Selbstbestim-
 mung der Betroffenen wahrt.

**Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
 desregierung und des Bundestages auf, sich gegen die
 Bezahlkarte einzusetzen und die bereits getroffene Ent-
 scheidung für die Ermöglichung der Leistungserbringung
 mittels einer Bezahlkarte durch eine Änderung des Asyl-
 bLG zurückzunehmen.**

48

4. Hindernisse für Integration:

49 Geflüchtete sind Teil unserer Gesellschaft, und jede Form
51 der Unterstützung sollte ihre gesellschaftliche Teilhabe
52 fördern. Eine Bezahlkarte schafft unnötige Barrieren und
53 behindert die Integration, da sie Geflüchtete isoliert und
54 ihre Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben
55 erschwert.

56

5. Unmenschliche Bürokratisierung:

58 Die Einführung und Verwaltung von Bezahlkarten schafft
59 zusätzliche bürokratische Hürden. Es erhöht den Verwal-
60 tungsaufwand und führt oft zu Verzögerungen und Un-
61 sicherheiten bei der Verteilung von Mitteln, was die oh-
62 nehin belastende Lebenssituation von Geflüchteten wei-
63 ter verschlechtert.